

Die Größe der Kleinen in der Europäischen Union

Fritz Breuss

Artikel in:

Markus Marterbauer und Christine Mayrhuber (Hrsg.):

Entwürfe für die Zukunft von Wirtschafts- und Sozialpolitik

Alois Guger und Ewald Walterskirchen zum 65. Geburtstag

Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien

Reihe Bd. 14

LexisNexis Verlag ARD ORAC, Wien 2009

S. 142-144

Zunehmende Attraktivität der EU – besonders in Krisenzeiten

1957 gründeten sechs Staaten – drei große und drei kleine – die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Seither drängen immer mehr – mit Ausnahme Großbritanniens – ausschließlich Kleinstaaten in die seither zur Europäischen Union mutierten Integrationsgemeinschaft. Die EU – sie besteht derzeit aus vier Groß- und 23 Kleinstaaten - umfasst bereits nahezu ganz Europa. Wer noch nicht Mitglied ist, möchte es eher früher als später werden. Auch Island hat nach dem Beinahestaatsbankrott am 23. Juli 2009 einen Antrag auf EU-Beitritt gestellt. Irland, nicht nur EU-, sondern auch Euroland hat der „Schutzschirm EU“ vor einem isländischen Schicksal gerettet. Der Schweiz – ein hartnäckiger EU-Verweigerer – bläst der kalte Wind mancher Staaten ins Gesicht (USA, UBS-Datenfreigabe; OECD und Deutschland, Druck auf das Bankgeheimnis; Gaddafi will die Schweiz auf die Nachbarstaaten aufteilen). Als EU-Mitglied wäre der politische Druck vielleicht nicht so drastisch ausgefallen.

Politische Machtverhältnisse

Nach dem Vertrag von Nizza hatten die Kleinstaaten ein überproportionales Stimmengewicht im (Minister)Rat der EU. Österreich besitzt 10 Stimmen, das zehn Mal so große Deutschland aber nur 29 Stimmen. Nach dem Lissabon-Vertrag (ähnlich dem gescheiterten Verfassungsvertrag) haben alle Staaten gleich viel Stimmen. Für eine qualifizierte Mehrheit braucht es nun eine doppelte Mehrheit: 55% der Mitgliedstaaten (d.h. 15 von 27 Mitgliedstaaten) und 65% der Bevölkerung (die 23 Kleinstaaten bringen nur 46% auf die

Waage, brauchen also für eine Mehrheit noch zwei Großstaaten). Gegenüber den Nizza-Regeln gewinnt nun das bevölkerungsreichste Land Deutschland am stärksten, während die mittelgroßen Staaten Polen und Spanien stark verlieren, aber auch die meisten Kleinstaaten müssen etwas an Stimmenmacht abgeben (auch Österreich). Nur einige Kleinstaaten unter den neuen Mitgliedstaaten gewinnen leicht dazu (siehe Baldwin-Widgren, 2004). Die Bewertung der politischen Macht im Rat mittels Power-Indizes ist zwar theoretisch interessant, de facto erfolgen aber die meisten Abstimmungen einstimmig.

In der Praxis gibt es in der EU seit ihrem Bestehen die Achse Berlin-Paris. D.h. Deutschland und Frankreich geben im Wesentlichen die Richtung vor, wohin der politische Zug der EU fahren soll (nicht zuletzt beruht der Lissabon-Vertrag auf den Vorarbeiten der deutschen Ratspräsidentschaft).

Bei der Ratifizierung von neuen EU-Verträgen bzw. im Falle von EU-Erweiterungen haben die Kleinstaaten wegen des Einstimmigkeitsprinzips eine starke Vetomacht. Beispiele sind die zweimaligen Abstimmungen über den Maastricht-Vertrag (essentiell für die Errichtung der WWU und die Einführung des Euros) in Dänemark, sowie über den Nizza- (wichtig für die EU-Erweiterung) und den Lissabon-Vertrag in Irland bzw. dessen Blockade durch Tschechiens Präsident Klaus.

Andererseits tun sich große Länder leichter, Sanktionen gegen kleine zu verhängen (siehe den Fall Österreich anlässlich der Bildung der Schwarz-Blauen Regierung im Jahr 2000). Einem großen Land, nicht zuletzt einem Gründungsmitglied könnte so etwas – selbst wenn die Demokratie am Spiel steht (Beispiel Berlusconi's Italien) – nie passieren.

Ökonomische Performance

Der EU-Binnenmarkt wird aus 27 Ländern (4 großen und 23 kleinen, wenn man die beiden mittelgroßen Staaten Polen und Spanien dazuzählt) gebildet. Er umfasst 493 Mio. Menschen, die 2007 ein BIP von 12340 Mrd. Kaufkraftparitäten (KKP zu laufenden Preisen) erwirtschafteten. 46% der EU-Bevölkerung leben in Kleinstaaten, die 41% des BIP von EU-27 erwirtschaften. Das Einkommensniveau (BIP pro Kopf zu KKP) lag 2007 in den vier großen EU-Ländern um 11% über dem Durchschnitt von EU-27, in den 23 Kleinstaaten lag es um 4% darunter. Das liegt daran, dass die Kleinstaaten von den Niedrigeinkommensstaaten der fünften EU-Erweiterung dominiert werden. In den 11 Kleinstaaten Westeuropas (d.h. der alten EU-15) lag das Einkommensniveau um 29% über dem EU-Durchschnitt.

Theoretisch müssten die kleinen EU-Mitgliedstaaten vom Zugang zu einem größeren Markt, dem EU-Binnenmarkt, im Außenhandel mehr profitieren und auch mehr Wirtschaftswachstum erzielen als große Länder, die bereits einen größeren Heimmarkt aufweisen. Dieser „Casella-Effekt“ kann generell für die relative Exportperformance kleiner Staaten in der EU nicht bestätigt werden (siehe Badinger-Breuss, 2006). Sehr wohl aber dürften die Kleinstaaten durch die Einführung des Euro einen Bonus haben. Kleine können ihre Exporte in den Euro-Raum um 3-9% stärker steigern als die großen Länder (Badinger-Breuss, 2009).

Auch wenn im Intra-EU-Handel die Kleinstaaten nicht eindeutig die Gewinner sein mögen bzw. der Kleinstaaten-Bonus gering sein mag (siehe Badinger-Breuss, 2004; 2010), in der Wohlfahrtssteigerung scheinen die Kleinen aber die Nase vorne zu haben. Seit Schaffung des Binnenmarktes im Jahr 1993 bis 2007 (Höhepunkt vor der Krise) stieg das reale BIP pro Kopf der 23 Kleinstaaten pro Jahr um 3,7% (EU-27 +2,2%), davon jenes in den 11 Kleinstaaten von EU-15 um 2,9%. Die vier Großstaaten der EU erhöhten Ihren Wohlstand pro Jahr nur um 1,8% (Deutschland +1,5%). Den raschesten Aufholprozess erlebten in der alten EU-15 Irland (+5,9%), gefolgt von Luxemburg (+3,3%; Österreich +2,1%). Den stärksten Aufholprozess mussten natürlich die Transformationsländer durchmachen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise scheint die vier großen EU-Mitgliedstaaten in den Jahren 2008 und 2009 stärker betroffen zu haben (reales BIP pro Kopf, kumuliert -4,4 Prozentpunkte; Deutschland -3,8%; Italien -6,7%, Frankreich -3,2%, Großbritannien -3,8%) als die 23 Kleinstaaten (-3,4 Prozentpunkte; 11 Kleine der alten EU-15 -4,6 Prozentpunkte; Österreich -3 Prozentpunkte). Ausreißer unter den Kleinen waren Irland (-13,2 Prozentpunkte) sowie Estland (-13,4%), Lettland (-16,3%) und Litauen (-7,3%). Auch Ungarn (-5,7%) war überdurchschnittlich stark betroffen. Bulgaren und Polen haben die Krise unbeschadet überstanden.

Literaturhinweise

- Badinger, H., Breuss, F., “What has determined the rapid post-war growth of intra-EU trade?”
Review of World Economics (Weltwirtschaftliches Archiv), Vol. 140, No. 1, 2004, 31-51.
- Badinger, H., Breuss, F., “Country Size and the Gains from Trade Bloc Enlargement: An Empirical Assessment for the European Community”, Review of International Economics, Vol. 14, Issue 4, September 2006, 615-631.
- Badinger, H., Breuss, F., “Country size and the trade effects of the euro“, Weltwirtschaftliches Archiv, Vol. 145, No. 2, July 2009, 207-223.

- Badinger, H., Breuss, F., "The Quantitative Effects of European Post-War Economic Integration", in: M.N. Jovanovic (Ed.), *International Handbook of Economic Integration*, Cheltenham: Edward Elgar, 2010 (forthcoming).
- Baldwin, R., Widgrén, M., "Council Voting in the Constitutional Treaty: Devil in the Details", CEPS Policy Brief, No. 53/July 2004, p. 6.